



NKGU
Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt
 Bündnis für eine enkeltaugliche Zukunft e.V.

Kinderagenda für Gesundheit und Umwelt 2010

Forderungen für eine enkeltaugliche Politik im Kontext neuer Herausforderungen

Im März 2010 wird in Parma die 5. Europäische Konferenz der Umwelt- und Gesundheitsminister unter dem Thema „Die Gesundheit der Kinder in einer sich verändernden Umwelt schützen“ stattfinden. Auf der Tagung wird die bisherige Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region (CEHAPE 2004) vorgestellt und diskutiert. Die abschließende Deklaration von Parma wird die zukünftig prioritären Themen im Bereich Umwelt und Gesundheit benennen. Stärkere Berücksichtigung werden dabei der fortschreitende Klimawandel und die zunehmenden sozialen Ungleichheiten als maßgebliche Determinanten finden.

Aus diesem Anlass fordern wir erneut ein konsequent präventives und damit enkeltaugliches Handeln für jede Kinder- und Jugendgeneration. Unsere Forderungen bauen auf die bereits, anlässlich der Ministerkonferenzen von London (1999) und Budapest (2004), von uns verabschiedeten Kinderagenden auf und sind in dieser aktualisierten Kurzfassung zusammengefasst.

Mit den im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) durchgeführten Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS) sowie Kinderumweltsurveys (KUS) ist in Deutschland seit 2004 eine auch international anerkannte Arbeit geleistet worden. Die gesundheitliche Situation der in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen hat sich in vielen Bereichen deutlich verbessert, z.B. bei der Belastung mit Blei oder langlebigen Chemikalien wie DDT oder PCB. Gleichzeitig hat sich allerdings beispielsweise die Situation in Bezug auf die Passivrauchbelastung im Privatbereich verschlechtert. Des Weiteren bedarf es der verstärkten Forschung, u.a. um die Gründe für die weite Verbreitung von atopischen Erkrankungen und Verhaltensauffälligkeiten zu klären.

Nach wie vor sind Kinder rechtlich, politisch und sozial in einer durch Konsum, Schnelllebigkeit und das Recht des Stärkeren geprägten Kultur benachteiligt und unterliegen der Gefahr, ausgegrenzt zu werden. Dies gilt laut KiGGS besonders für Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus und Migrationshintergrund.

Das Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt hat deshalb die Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit begrüßt, mit ihrem ressortübergreifenden Maßnahmenkatalog (2008) die Chancengleichheit aller Kinder - besonders derjenigen Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status bzw. mit Migrationshintergrund - herzustellen.

Wir fordern die neue Bundesregierung auf, diese Strategie zur Verbesserung der Umwelt und Gesundheit von Kindern weiter zu verfolgen und appellieren an die Verantwortlichen in Politik und Administration des Bundes und der Bundesländer:

- das Prinzip der **Enkeltauglichkeit** mehr denn je als oberste Priorität auf allen politischen Ebenen zu beachten. Den Begriff „Enkeltauglichkeit“ definieren wir als eine nachhaltige, generationenübergreifende Kindertauglichkeit.
- die **Chancengleichheit** für alle Kinder im Bezug auf eine gesunde Lebensweise in einer darauf ausgerichteten Wohn-, Spiel- und Lernumgebung zu ermöglichen sowie das unmittelbare Lebensumfeld der Kinder gesundheitsförderlich zu gestalten und dadurch Umweltgerechtigkeit zu realisieren.

- dafür Sorge zu tragen, dass in die Umwelt **eingebraachte Stoffe und Produkte** keinen negativen Einfluss auf die Gesundheit der Kinder haben. Dies ist im Sinne des im Grundgesetz garantierten vorbeugenden Gesundheitsschutzes.

Konkret fordern wir:

- die Rücknahme der Vorbehaltserklärung der Bundesregierung gegenüber der **UN-Kinderrechtskonvention**, die Aufnahme der **Kinderrechte in das Grundgesetz** sowie die volle Umsetzung der **UN-Behindertenkonvention**.
- **KiGGS** und **KUS** als Längsschnittstudien fortzusetzen und ggf. zu erweitern, um so die Entwicklung der Kindergesundheit sowie die sich ändernden sozialen, technologischen und klimatischen Umweltbedingungen in Deutschland wissenschaftlich zu verfolgen und zu erforschen. Dies gilt insbesondere auch für die in den letzten zehn Jahren ansteigende Krebserkrankungsrate im Kindesalter, z.B. der Leukämie, die weitere Forschungsprogramme erfordern.
- die Bemühungen zur Verminderung von **Verletzungen, Unfällen und Vergiftungen** im Kindes- und Jugendalter z.B. im Haushalt, in der Freizeit und dem Verkehr weiter zu unterstützen, u.a. durch die Einführung des „Blauen Engels“ für Kinderspielzeug. Bei der Bekämpfung des „Plötzlichen Kindstodes“ müssen weitere Anstrengungen erfolgen.
- den mühsam erreichten **Nichtraucherschutz** in öffentlichen Räumen bzw. in der Gastronomie nicht wieder aufzuweichen und Projekte, die Eltern dabei helfen wollen Passivrauch im Privatbereich zu vermeiden, finanziell zu unterstützen.
- die bislang erfolgte **Schadstoffreduktion** in der Außenluft von Ozon und Benzol im Sinne der EU-Richtlinien konsequent auf Stickoxide und Feinstaubpartikel aus Dieselruß auszuweiten. Forschungsprogramme für alternative und schadstofffreie Antriebstechniken und Verkehrssysteme sind zu unterstützen.
- die überfällige Einführung einer enkeltauglichen **Begrenzung der Geschwindigkeit** auf 30 km/h in Wohngebieten sowie 130 km/h auf Autobahnen durchzusetzen, um dadurch eine Reduktion des Verbrauches fossiler Energie und des damit verbundenen Ausstoßes von Luftschadstoffen, wie CO₂, zu erreichen. Neben diesen letztlich auch für das Weltklima positiven Folgen, führt eine Geschwindigkeitsbegrenzung zur Verminderung von verkehrsbedingten Verletzungen und Lärmemissionen.
- die neue **Chemikaliengesetzgebung REACH** konsequent umzusetzen. Hormonaktive und möglicherweise entwicklungsgefährdende Schadstoffe wie spezifische Phthalate, Bisphenol A, Quecksilber oder POP's, müssen überall dort, wo sie mit Schwangeren, Säuglingen und Kindern in Kontakt kommen können, durch klare Produktions-, Handels- und Anwendungsverbote vermieden werden.
- die allgemeinverständliche und vollständige **Deklarations- und Identifikationspflicht** für Lebens- und Körperpflegemittel, Gebrauchsgegenstände und Spielzeug sowie Kleidung einzuführen. Dies schließt eine verbindliche Nährwertkennzeichnung ein, die auf einen Blick sichtbar macht, welches Produkt wie viel Zucker, Fett oder Salz enthält (z.B. das Ampelsystem).
- das Reinheitsgebot für **gentechnikfreies Saatgut** durchzusetzen sowie eine gentechnikfreie Nahrungskette zu garantieren und das EU-Moratorium für die Zulassung und den Anbau von gentechnikveränderten Pflanzen fortzusetzen.